

Initiative gegen die Langzeitarbeitslosigkeit

Wichtige Aufgaben unter Rot-Rot-Grün in Thüringen, die in den Bereichen Arbeit, Soziales und Wirtschaft auf der Agenda stehen, sind die Erhaltung und Schaffung GUTER ARBEIT zu fairen Bedingungen, die Sicherung der Rechte von Beschäftigten und die Entwicklung einer inklusiven Arbeitswelt, in der alle Menschen die Chance auf Teilhabe erhalten. Insbesondere die Durchsetzung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik auf der Grundlage des Landesarbeitsmarktprogramms und eine wirksame öffentlich geförderten Beschäftigung in Thüringen gehören zu den Kernprojekten der rot-rot-grünen Koalition.

Deshalb hatten Ina Leukefeld als arbeitspolitische Sprecherin und Dieter Hausold als Wirtschaftspolitiker der Linksfraktion die Landesarbeitsgemeinschaft „Arbeit für Thüringen“ sowie weitere Partner eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu einem Gespräch in den Landtag eingeladen, denn vor wenigen Tagen hatte Ministerpräsident Bodo Ramelow gemeinsam mit Arbeitsministerin Heike Werner eine neue Initiative gestartet, die in Zusammenarbeit mit der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt/Thüringen der Bundesagentur für Arbeit (RD-SAT) entwickelt wurde, die „Thüringer Initiative zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit“.

Sie soll den von der LINKEN favorisierten Öffentlichen Beschäftigungssektor auf den Weg bringen und einen Beitrag leisten, um Langzeitarbeitslosen die Teilhabe am Erwerbsleben zu ermöglichen und gleichzeitig wichtige gemeinwohlorientierte Aufgaben im kommunalen Umfeld zu erfüllen.

Dazu gehört Arbeit im sozio-kulturellen Bereich, im Natur- und Umweltschutz, in der Seniorenarbeit, als Gemeinde- oder Stadtteilarbeiter und überall dort, wo sinnvolle Tätigkeiten zu leisten sind. Hintergrund dieser In-

itiative ist die Tatsache, dass trotz guter Arbeitsmarktlage ein hoher Anteil der aktuell ca. 32.000 Langzeitarbeitslosen in Thüringen es trotz Teilnahme an unterschiedlichsten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen seit Jahren nicht schafft, in ein Beschäftigungsverhältnis auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu gelangen.

Gut 80 Prozent der Langzeitarbeitslosen sind Leistungsbezieher im SGB II und erhalten oft seit mehreren Jahren Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Besonders viele der Langzeitarbeitslosen sind ältere Menschen über 50 Jahre. Sie verfügen über Berufserfahrungen, haben jedoch Probleme, dem Tempo, der Arbeitsintensität oder einfach den hohen fachlichen Anforderungen Stand zu halten und werden von Unternehmen deshalb oft eher gekündigt als jüngere Kollegen. Auf der anderen Seite gibt es in unseren Kommunen viel Arbeit, die derzeit nicht geleistet wird, weil scheinbar das Geld dafür fehlt.

Weil der Bund es derzeit ablehnt, den Einsatz von passiven Leistungen, also Arbeitslosengeld II aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende zur Finanzierung von geförderter Beschäftigung im Sinne eines „Passiv-Aktiv-Transfers“ einzusetzen, sollen in einem ersten Schritt bereits bestehende Fördermöglichkeiten genutzt und mit Landesmitteln sinnvoll erweitert und ergänzt werden, um Arbeitsplätze zu schaffen.

Voraussetzung dafür ist allerdings ein beschlossener Landeshaushalt, wo im Entwurf zwei Millionen Euro dafür

eingepflanzt sind. Die Initiative ist ein Schritt in die richtige Richtung. Langzeitarbeitslose und Menschen mit mehreren Vermittlungshemmnissen bekommen durch die Förderung die Möglichkeit, sinnvolle und notwendige Tätigkeiten zu verrichten.

Begonnen werden könnte ab Mitte 2015, zunächst ca. 500 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse im kommunalen Bereich sowie weitere ca. 500 Beschäftigungsmöglichkeiten in der GemeinwohlArbeit zu schaffen. Die Laufzeit der Maßnahmen soll bis zu 36 Monate betragen und unbedingt freiwillig erfolgen. Unser Anliegen war es, darüber mit den Akteuren



in der Wirtschaft, mit den Maßnahmenträgern sowie mit sozialen Vereinen und Verbänden zu sprechen und ihre Hinweise, Vorschläge und Ideen aufzugreifen.

Schließlich kommt es darauf an, in allen Phasen des angedachten Projektes gut zusammen zu arbeiten. Prof. Behr vom Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie war uns dabei ein guter Gesprächspartner.

MdL Ina Leukefeld

VON A BIS Z:

Inklusion an Schulen

Mit großem Interesse hat der bildungspolitische Sprecher der Linksfraktion, Torsten Wolf, die Umfrageergebnisse des VBE (Verband Bildung und Erziehung) zum Umsetzungsstand der Inklusion zur Kenntnis genommen: „Auch wenn nicht alles so auf Thüringen übertragbar ist, nehmen wir dies als Ansporn, die Bedingungen im Bereich der gemeinsamen Beschulung von Kindern mit und ohne Förderbedarf zu verbessern.“

Die im Koalitionsvertrag beschriebene Qualitätsoffensive Inklusion muss und wird kommen. So ist es im Bereich Lehrerbildung, besonders Fort- und Weiterbildung, wichtig, die Ressourcen frühzeitig zur Verfügung zu stellen. Auch muss der tatsächliche Personalbedarf, unabhängig vom Personalabbaukonzept der Landesregierung, erfasst und in Deckung gebracht werden. „Wir brauchen neben einer echten Vertretungsreserve von ca. 600 Lehrkräften auch die Deckung des Mehrbedarfs. Dieser liegt bei ca. 200 Vollzeitbeschäftigten. Auch sind hier durch zusätzliche Studienkapazitäten an den Thüringer Hochschulen die Ersatz- und Erweiterungsbedarfe zu decken. Die Verbesserung der räumlichen Voraussetzungen werden wir durch die Investitionen von 225 Millionen Euro bis 2019 in Schulbauinvestmaßnahmen sicherstellen. Die besondere Situation von verhaltensauffälligen Kindern (emotionale und soziale Entwicklungsstörungen) muss zukünftig in der Verwaltungsvorschrift zur Organisation des Schuljahres neu geregelt werden.“

WICHTIGE TERMINE

Plenarsitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden in der Zeit vom 27. bis 29. Mai sowie vom 17. bis 19. Juni statt.

Demokratie-Tagung:

Am Dienstag, 23. Juni, 14 bis 18 Uhr, findet im Landtag (Raum 110) eine Tagung der Koalitionsfraktionen und des Thüringer Mehr-De-mokratie-Bündnisses zur Weiterentwicklung der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene statt.

Presseinformationen, Hinweise zu Veranstaltungen und Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen der Linksfraktion sowie auch deren Parlamentsreport im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

Familien

Im Jahr 2014 lebten in Thüringen 202.000 Familien mit Kindern unter 18 Jahren, wie das statistische Landesamt informierte. Gegenüber den 223.000 Familien des Jahres 2006 ist das ein Rückgang um 21.000 bzw. neun Prozent. Im Jahr 2014 sind die Ehepaare mit minderjährigen Kindern mit einem Anteil von 51 Prozent bzw. 103.000 die häufigste Familienform. Die Alleinerziehenden wiesen einen Anteil von 27 Prozent (54.000) an allen Familien auf. Die Lebensgemeinschaften mit minderjährigen Kindern verzeichneten einen Anteil von 22 Prozent. Der Vergleich der Ergebnisse von 2006 und 2014 zeigt, dass der Anteil traditioneller Familien (Ehepaare) an allen Familien um zehn gesunken ist.

Gasthörer

Für das Wintersemester 2014/15 meldeten die Thüringer Hochschulen neben den rund 51.000 Studierenden auch 378 Gasthörer, darunter 193 Frauen. Das waren nach Mitteilung des Thüringer Landesamtes für Statistik 42 Gasthörer bzw. 12,5 Prozent mehr als im Wintersemester zuvor. Gasthörer können auch ohne Nachweis einer Hochschulreife einzelne Kurse oder Lehrveranstaltungen an den Hochschulen besuchen. Etwa jeder zweite Gasthörer (181 Personen bzw. 47,9 Prozent) erweitert sein Wissen an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Wie in den Jahren zuvor entschied sich der größte Anteil an Gasthörern für die Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften (254 Personen).

Jugendkunstschulen

Anlässlich des Tages der Jugendkunstschulen in Thüringen am 9. Mai hatte MdL Katja Mitteldorf diese gewürdigt: „Gerade auch in Kommunen mit klammer Haushaltslage wird deutlich, dass diese Einrichtungen in ständiger Existenznot arbeiten müssen, obwohl sie einen sehr wichtigen Standortfaktor darstellen und durch ihre Kooperationen mit Schulen, Vereinen und anderen Institutionen eine Vielzahl von Angeboten schaffen. Darüber hinaus sichern die Jugendkunstschulen die kulturelle Teilhabe für Schülerinnen und Schüler sowie auch für ältere Generationen. Sie sind im Angebotsprofil ebenso wichtig für eine lebendige und vielfältige Region wie zum Beispiel Musikschulen oder Sportvereine.“